

Kommentare



**Keine Trendwende bei Infektionszahlen
Ohne Lockerungen:
Ein strenger
Corona-Winter droht**

Von Hagen Strauß,
Büro Berlin

hoffnungsvoll braucht man auf die Beratungen von Bund und Ländern zum weiteren Umgang mit der Corona-Krise nicht schauen. Es wird keine Lockerungen geben, weil es dafür aus Sicht der Politik keine Spielräume gibt. Im Gegenteil: Eventuell müssen sich die Deutschen noch einmal auf Verschärfungen einstellen. Und wenn nicht an diesem Montag entsprechende Beschlüsse fallen, dann vermutlich bei der nächsten Bund-Länder-Runde zum Monatsende.

Der Teil-Lockdown hat zur Halbzeit jedenfalls noch nicht die erhoffte Wirkung erzielt, die sich die Politik mit ihren Maßnahmen erwünscht hat. So sind die Infektionszahlen nach wie vor sehr hoch: knapp 17 000 waren es am Sonntag, 22 500 am Sonnabend. Auch die Intensivkapazitäten in den Krankenhäusern stoßen inzwischen an ihre Grenzen, Pflegekräfte arbeiten am Limit, wie viele von ihnen in den sozialen Netzwerken berichten. Dass diese Menschen null Verständnis für Demonstranten wie in Frankfurt oder Leipzig haben, die mit Lust und Laune die Corona-Regeln brechen, die die Gefahren der Pandemie herunterspielen oder gar die Existenz des Virus abstreiten,

verwundert nicht: Auf den Intensivstationen erlebt das Personal jeden Tag, was Corona für gesundheitliche Schäden anrichten kann, auch bei Menschen, die vorher kerngesund gewesen sind. Die Schilderungen von Pflegekräften sind zum Teil dramatisch. Und sie sind für jedermann nachlesbar.

Es dürfte ein strenger Corona-Winter werden. Im Nachbarland Österreich zeigt sich, was den Deutschen dabei womöglich bevorstehen könnte: ein noch konsequenterer Lockdown. Dafür spricht die bisherige Erkenntnis, dass Deutschland den Nachbarländern immer hinterherhinkte, nicht nur beim Anstieg der Infektionszahlen, sondern auch bei den Maßnahmen.

Den Ministerpräsidenten und der Kanzlerin ist durchaus bewusst, dass die Besuchsverbote an Ostern schon ein immenser Einschnitt gewesen sind. Kommt Ähnliches zum Weihnachtsfest, wäre dieser Eingriff für viele Bürger noch extremer und könnte erheblichen Unmut schüren.

Die frohe Botschaft soll deshalb unbedingt eine andere sein. Womit die Wahrscheinlichkeit groß ist, dass der österreichische Lockdown ebenso zu einem deutschen werden wird. In der Corona-Krise mit ihren Unwägbarkeiten muss es freilich immer auch heißen: Stand jetzt.



**Trump sendet weiter gefährliches Signal
Kein Brückenschlag:
Den USA drohen
schwere Zeiten**

Von Friedemann Diederichs,
Büro Washington

Zehntausende Anhänger von Donald Trump zogen am Wochenende in Washington auf die Straße – und schickten mit ihrer Solidaritäts-Demonstration ein klares Rauchzeichen ins Weiße Haus: Mach weiter bei deinem Kampf gegen eine „gestohlene Wahl“ (Trump) und das, was der Präsident am selben Tag auf Twitter als „verfassungswidrigen Betrug“ bezeichnete. Damit sendete der mit seiner persönlichen Götterdämmerung konfrontierte Trump an die Fans erneut ein falsches wie gefährliches Signal. Denn obwohl er ein Gerichtsverfahren nach dem anderen verliert und es immer noch keine Beweise für breit angelegte Unregelmäßigkeiten gibt, hält er

Joe Biden weiter für einen Sieger, dem es an demokratischer Legitimität fehlt.

Auch wenn es erste Anzeichen gibt, dass ein zuletzt deprimiert wirkender Trump damit begonnen hat, sich mit seiner Niederlage innerlich abzufinden – die von ihm verbreiteten Durchhalte-Parolen geben wenig Hoffnung für Biden, die in seiner Siegesrede angekündigte Versöhnungs-Strategie realisieren zu können. Denn wer den politischen Gegner weiter hasst und ihm kriminelles Verhalten bei einer Abstimmung unterstellt, der dürfte nicht zu einem Brückenschlag über den tiefen Graben bereit sein, der das Land trennt. Den USA stehen also in den kommenden vier Jahren in der Politik und zerstrittenen Gesellschaft schwere Zeiten bevor.



**Ministerin Giffey
wird zum
Koalitionskrach**

Die Union erinnert SPD an ihre moralischen Maßstäbe

Dr. Giffey

Trotz des Verzichts auf das Führen ihres Dokortitels hält die Kritik an Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) an.

Foto: Nietfeld/dpa

Von Hagen Strauß, Büro Berlin

BERLIN. Im Netz kursierte am Wochenende ein Video von Karl Lauterbach aus dem Jahr 2011. Darin ruft der SPD-Mann im Bundestag empört: „20 Prozent dieser Doktorarbeit sind nicht echt. Und da will uns der Minister hier erzählen, es habe sich um handwerkliche Fehler gehandelt?“ Gemeint war damals CSU-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, der auf der Regierungsbank ziemlich trübsinnig dreinblickte. Die Attacken von einst fallen den Genossen nun auf die Füße – es droht sogar ein Koalitionskrach.

Der einzige Arbeitsplatz, „wo man trotz Abschreibens, trotz Plagiat“ im Job bleiben könne, sei der im Kabinett Merkel, stichelte Lauterbach weiter. Das gilt jetzt aber auch für seine Parteifreundin Franziska Giffey. Während Guttenberg dann doch noch wegen seiner abgeschriebenen Dissertation zurücktreten musste, möchte die Familienministerin nach dem Verzicht auf ihren Dokortitel einfach weitermachen wie bisher. So will sie sowohl im Regierungamt verbleiben als auch am 27. November für den Berliner SPD-Landesvorsitz kandidieren. Und ihr großes Ziel, im kommenden Jahr Regierende Bürgermeisterin von Berlin zu werden, behält sie

ebenfalls fest im Blick. Hintergrund für Giffeyes Titel-Verzicht ist, dass die Freie Universität Berlin angekündigt hatte, sie wolle das Prüfverfahren um die fehlerhafte Doktorarbeit neu aufrollen. Die Ministerin war bisher mit einer „Rüge“ davongekommen.

Aus dem Schneider ist die 42-Jährige jedenfalls noch lange nicht. Einerseits drängen Politiker wie FDP-Mann Wolfgang Kubicki darauf, weiterhin zu klären, ob Giffey bei der Erstellung ihrer Arbeit geschummelt hat. „Stellt sich heraus, dass sie getäuscht hat, bleibt ihr nur der Rücktritt“, so Kubicki. Andererseits ist die Empörung groß, dass die SPD bei Guttenberg andere Maßstäbe an-

gelegt hat, als sie es nun bei ihrer eigenen Ministerin tut. Genüsslich werden im Netz Zitate von SPD-Politikern zur damaligen Affäre verbreitet, wie das des heutigen Staatssekretärs im Arbeitsministerium, Björn Böhning: „Guttenberg will auf Dokortitel verzichten. Aber den akademischen Grad kann man gar nicht zurückgeben. Betrug oder kein Betrug ist die Frage“, twitterte er einst. Bei der politischen Konkurrenz wirft man den Sozialdemokraten jetzt „Doppelmoral“ vor.

Aus der CDU-Spitze hieß es am Wochenende zu unserer Redaktion, man sei „verwundert über die Kehrtwende der Familienministerin“. Die Studenten des AstA der Freien Uni hätten die Prüfung von Giffeyes Doktorarbeit auf den Weg gebracht und sie hätten ein Anrecht darauf, dass die Rechtmäßigkeit der Promotion geklärt werde. Darüber hinaus bestünde „ein Interesse der Allgemeinheit, dass das Prüfverfahren fortgeführt wird“. Es müsse dann noch vor der Abgeordnetenhauswahl in Berlin vorliegen. Sollten sich die Vorwürfe bestätigen, hieß es im Konrad-Adenauer-Haus

weiter, gehe man davon aus, „dass die SPD ihre moralischen Maßstäbe für wissenschaftliche Plagiate wie in der Vergangenheit auslegt“. Kurzum: Nach dem Willen der Union muss Giffey dann den Guttenberg machen und von allen Ämtern zurücktreten.

» Stellt sich heraus, dass sie getäuscht hat, bleibt ihr nur der Rücktritt. «

Wolfgang Kubicki (FDP)

Bei der SPD hält man der Ministerin freilich noch die Stange: „Franziska Giffey braucht keinen Dokortitel, um gute Politik für die Bürgerinnen und Bürger zu machen“, so Fraktionsvize Dirk Wiese von unserer Redaktion. „Ihr Umgang mit der Situation ist souverän.“ Die Affäre um zu Guttenberg als Vergleich zu bemühen, sei daneben. Angriffe aus der Union und der Opposition „zeugen eher von politischer Verzweiflung, um eine beliebte und gute Politikerin zu diskreditieren“. Giffey und ihre Doktorarbeit werden offenbar zur Belastungsprobe für die Koalition.

Armenien bekommt mehr Zeit für Abzug

Abkommen unter der Vermittlung Russlands: Frist wird um zehn Tage bis zum 25. November verlängert

BAKU/ERIWAN. Nach dem Ende aller Kampfhandlungen in Berg-Karabach im Südkaukasus bekommt Armenien mehr Zeit für den Abzug von Truppen. Das teilte ein Berater des aserbaidschanischen Präsidenten, Ilham Aliyev, am Sonntag in der Hauptstadt Baku

der aserbaidschanischen Staatsagentur Azertac zufolge mit.

Konkret geht es um die Region Kelbecer im Nordwesten von Karabach. Armenische Truppen hätten bis Sonntag von dort abziehen müssen. Das sieht ein Abkommen zwischen beiden Län-

dern vor, das unter der Vermittlung Russlands vereinbart worden war. Nun sei die Frist um zehn Tage auf den 25. November verlängert worden. Armenien habe die Verzögerung damit begründet, dass für den Abzug nur eine einzige Straße genutzt werden kön-

ne. Zuvor gab es Berichte, dass Armenier in Karabach-Armenien ihre Häuser vor dem Anrücken aserbaidschanischer Truppen verlassen hätten. Einige zündeten ihre Gebäude an. Auf Fotos war zu sehen, wie Menschen ihre Heimat verließen. (dpa)

**Migration über Mittelmeer
Seenotretter mit
weiterem Schiff**

REGENSBURG. Angesichts der zunehmenden Migration mit nicht hochseetüchtigen Booten über das Mittelmeer nach Europa will die Seenotrettungsorganisation Sea-Eye ein weiteres Schiff neben der „Alan Kurdi“ einsetzen. Das Schiff liege für den Umbau in einem Hafen in Mecklenburg-Vorpommern und werde zunächst unter dem Namen „Sea-Eye 4“ fahren, teilte die Organisation aus Regensburg mit. „Wir brauchen einfach viel mehr Rettungsschiffe“, sagte Sprecher Gordon Isler. Mit der „Sea-Eye 4“ existierten sieben Hochseeschiffe verschiedener Organisationen, die für die Seenotrettung geeignet sind. Nur eins davon, betrieben von den spanischen Seenotrettern Open Arms, sei derzeit im Mittelmeer aktiv. Die Schiffe würden regelmäßig blockiert, kritisierte er. (dpa)

Trump-Anhänger in fester Treue zum Wahlverlierer

Zehntausende Fans haben ihr Idol noch nicht aufgegeben und gingen am Wochenende in Washington auf die Straße

Von Friedemann Diederichs

WASHINGTON. Als US-Präsident Donald Trump am Sonnabend mit seinem Konvoi an schwarzen SUV das Weiße Haus für einen Trip zum Golfplatz verlässt, ist sein Ausflug gut getimt. Denn entlang der Straße stehen zahlreiche Anhänger, die zum „Marsch der Millionen“ nach Washington gekommen sind. Sie jubeln, als sie Trump erblicken, der ihnen das „Daumen nach oben“-Signal gibt. Sie halten ihre Handys und Schilder hoch, auf denen sie „Stop the steal“ geschrieben haben – und mit denen sie gegen den angeblichen Diebstahl der Präsidentschaftswahl durch die Demokraten demonstrieren.

Andere skandieren hoffnungsvoll: „Four more years!“ Und einige von ihnen rennen der Wagenkolonne nach, um einen letzten Blick auf den leicht ergrauten Mann im Innern zu erhaschen, der für sie immer noch magischen Heldenstatus genießt. Die „Secret Service“-Bodyguards drängen die Verehrer schließlich ab. Die Demonstration und der Blick aus



Donald Trump lächelt aus einem Auto Demonstranten zu, die zu dessen Unterstützung und gegen angeblich gefälschte Wahlergebnisse in der Nähe des Weißen Hauses protestieren.

Foto: dpa

seinem gepanzerten Fahrzeug dürften Trump noch einmal das Gefühl gegeben haben, von einer Mehrheit der US-Bürger geliebt zu werden. Doch die harsche Realität der Zahlen spricht eine andere Sprache. Joe Biden hat landesweit mittlerweile einen Vor-

sprung von fast fünf Millionen Stimmen. Und allein am Freitag verlor der Präsident nicht nur zahlreiche Klagen gegen die Auszählung, sondern auch mehrere Anwaltskanzleien, die unter dem Druck der Öffentlichkeit ihr Mandat niederlegten. Doch die

Unterstützer stehen mit ihren roten „Trump“-Baseballkappen weiter in Treue fest zum Wahlverlierer. „Seid ihr bereit für vier weitere Jahre?“, fragt eine Sprecherin der Gruppe „Women for America First“. Die Menge auf der „Freedom Plaza“ jubelt frenetisch. Menschen aus den ganzen USA seien gekommen, um Trump zu stützen und die „Integrität der Wahlen zu schützen“, so die Frau am Mikrofon. Dann kündigt sie einen Fußmarsch zum nahen obersten Gerichtshof, dem Supreme Court, an. „Wir glauben, dass der Präsident einen sehr starken Fall hat“, ruft sie über die Lautsprecher – völlig verkennend, dass Trump dieses Gericht nicht direkt anrufen kann und die Richter durchaus jeden Fall, der sie von untergeordneten Gerichten erreicht, ablehnen können.

Doch solche Details spielen für Trump-Anhänger wie Sue Beckford keine Rolle. „Trump ist nichts anderes als der wahre Gewinner“, glaubt sie. Und Lisa Dodd sagt: „Trump ist der einzige Präsident, dem wir folgen wer-

den.“ Auf dem Podium meldet sich auch der konservative Unternehmer und Trump-Freund Mike Lindell, der es durch den Verkauf von Kopfkissen zum Millionär gebracht hat, zu Wort. „Ich spreche für 72 Millionen Bürger, die Trump gewählt haben, und es ist noch nicht vorbei“, ruft Lindell. Und er fügt hinzu: „Wahlbetrug und Kooperation existieren. Die radikalen Linken versuchen, die Wahl zu stehlen.“ Da jubelt wieder die Masse und schwenkt Schilder mit Aufschriften wie „Gott segne Trump“.

Immer wieder ist zu hören, dass es klare Hinweise auf einen Wahlbetrug gebe – und die Wahlmaschinen so programmiert worden seien, dass Millionen Trump-Stimmen gelöscht wurden. Auch Trump wiederholt diesen Vorwurf am Sonntag in einem Tweet und deutet einmal mehr an, Biden habe nur aufgrund von Betrug „gewonnen“ (Trump). Doch Regierungsbeamte, Bundesstaats-Wahlleiter und der Hersteller der Maschinen hatten dies am Freitag energisch dementiert.

Ihr Draht zu uns
Christoph Willenbrink (wil) 0471/597-256
Tim Albert (tra) 0471/597-258
Christoph Barth (cb) 0471/597-261
Ulrich Kroeger (ger) 0471/597-296